

hauptung sein. Die Wirklichkeit lehrt die wahre Erkenntnis der Dinge, und sie werde ich daher noch einmal reden lassen.

Bleibt der höhere Rabatt für Berlin und Leipzig sanktioniert — und es soll damit den eigenen Wünschen dieser Städte entsprochen sein — so wird das Prinzip des Ladenpreises, für das die Verlegervereine von neuem angerufen werden, gerade an den Stellen durchbrochen, wo es in erster Linie aufrecht erhalten werden sollte. Das ist ein innerer Widerspruch, der entweder gelöst werden oder auch ferner böse Folgen haben muß. Diese Inkonsistenz des Verfahrens resp. Rücksichtnahme auf die Centren des Buchhandels kann unmöglich bessere und ruhige Zustände herbeiführen. Für das Publikum wird es auch ferner kein Hindernis geben, die billigere Gelegenheit des Einkaufs auszunutzen und der Verkäufer bleibt in der gleichen Unsicherheit. Wer die Findigkeit der menschlichen Natur im nervus rerum kennt, wie sie ganz besonders der Sortimentier in ihren feinsten Bindungen zu studieren Gelegenheit hat und am eigenen Leibe erfährt, der wird zugestehen, daß das ungleiche Maß, womit Buch und Person gemessen wird, dem Egoismus des Käufers durchaus keine Schranken bietet. Was wir dem gegenüber vor allen Dingen nötig haben, ist die feste Position, die uns ein so wesentlich reduzierter Ladenpreis nicht gewährt. Er ist nur ein Danaergeschenk an unsere Buchcentralen.

Wenn man sich hier dennoch in größter Mehrzahl für die Beibehaltung desselben ausgesprochen hat, so kennzeichnet diese Abstimmung eben nur unsere kritische Lage. Selbst der letzte Jahresbericht des Vereins Berliner Kaufleute in Nr. 57 d. Bl. bestätigt nur meine bisherigen Darlegungen. Er konstatiert zwar, daß sich das wissenschaftliche Sortiment in aufsteigender Bewegung befinde, daß man aber vom allgemeinen Sortiment das Gleiche nicht behaupten könne. Der Umsatz sei hier zu gering und die Spesen zu hoch, die Konkurrenz der Kolportage- und Reisegeschäfte, sowie neuerdings auch der Warenhäuser, gefährlich. Ziehen wir noch die gewaltige Konkurrenz der periodischen Presse in Betracht, worauf sich das Gros der Gesellschaft beschränkt, so ergibt sich von selbst das Minimum des Reingewinns, das ich stets in den Vordergrund der Krisis gestellt habe. Dieses Minimum wird außerdem negativ verstärkt durch die psychologische Tatsache, daß die meisten Menschen in keinem Punkte empfindlicher sind, als wenn sie über ihren Bedarf Bücher kaufen sollen; schon die Absicht macht sie oft verstimmt. Und es wird weiter verstärkt durch den Umstand, daß selbst die wirklichen und angewiesenen Bücherkäufer sich meist auf das absolut Notwendige beschränken.

Es macht unserer Rechenkunst wahrlich keine Ehre, wenn wir ein solches Minimum unseres Verdienstes noch länger durch PreiskonzeSSIONen stützen wollen. Erleben wir es doch fast täglich, daß es selbst bei größeren Umsätzen schwer hält, die entsprechenden Verpflichtungen zu erfüllen. Die höheren Prozente der Verleger haben keinen Zweck, wenn wir sie nicht selbst in der Tasche behalten oder nicht da haben, wo wir sie am nötigsten brauchen. Verdienen wir aber nicht genug, so wird uns der ganze Beruf, selbst bei idealer Auffassung, verleidet, und Schlimmeres kann dem Buchhandel überhaupt nicht passieren.

Die beschlossenen und sonst beabsichtigten Maßregeln sind gewiß als ein Fortschritt zum Besseren zu begrüßen; aber die alte Wunde wird immer wieder aufbrechen, wenn die Ursache des Übels nicht beseitigt wird. Der Ausnahmerabatt ist die Achillesferse des Buchhandels; darum wird durch Stehen und Fallen desselben sein Geschick entschieden. Für ihn in seiner Sonderstellung und seinem ihm eigentümlichen Objekt giebt es keinen anderen sicheren Halt als den Ladenpreis, und für ihn ohne Ausnahme einzustehen rufe ich noch einmal die Thatkraft aller maßgebenden und gleich-

denkenden Kollegen an. Das Festhalten am Geheulassen, die Furcht vor der Konkurrenz, die KonzeSSIONen nach oben und unten ersetzen nicht die Konsequenz des Prinzips und die Sicherheit der Lage, die wir durch entschiedenes Handeln erreichen.

Berlin, im März 1900.

M. L. Matthies.

Kleine Mitteilungen.

Vom Reichstage. Lex Heinze. — Die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs (Lex Heinze) wurde am Donnerstag den 15. d. M. in einer ungewöhnlich stürmischen Sitzung des Reichstags fortgesetzt. Es handelte sich um die Spezialberatung der §§ 184, 184a und 184b, also um diejenigen Paragraphen, die den Protest der Künstler, der Schriftsteller und zum Teil auch des Buchhandels herausgefordert haben. Die Beratung wurde nicht zu Ende geführt; sie wurde auf Freitag den 16. d. M. vertagt.

Protestbewegung gegen die lex Heinze. — Das Berliner Komitee zur Bekämpfung der »lex Heinze« hat folgende Erklärung in 400 der »gewichtigsten« Persönlichkeiten Deutschlands zur Unterschrift gesandt:

»Die Unterzeichneten, die in der Pflege deutscher Kunst eine der hauptsächlichsten Aufgaben vaterländischen Kulturlebens erblicken, haben mit Bestürzung die in den §§ 184a und 184b der sogenannten lex Heinze zu Tage tretenden litteratur- und kunstfeindlichen Bestrebungen wahrgenommen.

»Im schärfsten Gegensatz zu denen, die das ernste künstlerische Schaffen der Gegenwart für etwa vorhandene soziale Krankheitserscheinungen verantwortlich machen, weisen sie dessen Zusammenstellung mit den gegen sittliche Ausschreitungen niedrigster Art geplanten Maßregeln voll Entrüstung zurück.

»Sie sind der Ueberzeugung, daß die in dem genannten Gesetzentwurf dem Strafrichter gegebene Machtvollkommenheit, Geld- und Gefängnisstrafen auch in den Fällen zu verhängen, in denen ein Kunstwerk, ohne unzüchtig zu sein, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl gröblich verletzt, infolge der Dehnbarkeit dieser Begriffe eine Unsicherheit und Unfreiheit künstlerischen Schaffens herbeiführen würde, die ein allmähliches Verkümmern der Talente, ein damit Schritt haltendes Zurückbleiben im Wettstreit der Nationen und ein schließliches Abwelken der im Wiederaufblühen begriffenen deutschen Kunstübung zur Folge haben müßte.

»Beseelt von dem Wunsche, die deutsche Litteratur und Kunst der Gegenwart als ein frei erstandenes Denkmal ihrer Zeit künftigen Epochen, als ein ungeschmälertes Erbe eigenen Strebens ihren Kindeskindern zu überliefern, sprechen sie hierdurch die zuversichtliche Erwartung aus, daß der hohe Reichstag und die hohen verbündeten Regierungen diesen und allen ähnlichen auf Hemmung der deutschen Kulturentwicklung abzielenden Bestrebungen ihre Zustimmung versagen werden.

Sobald die Unterschriften vorliegen, sollen sie veröffentlicht werden.

Ueber weitere Kundgebungen gegen die §§ 184a und 184b des Gesetzentwurfs liegen Nachrichten vor aus Leipzig vom Leipziger Künstlerverein, dem Verein Leipziger Presse und von den Mitgliedern des Leipziger Stadttheaters, ferner aus Hamburg, aus Halle a/S., aus Mühlhausen in Th., aus Breslau, schließlich aus Berlin von dortigen Chromolithographischen Anstalten.

Zur Erhöhung der Papierpreise. — Die Papierzeitung veröffentlicht das nachfolgende ihr zugedachte Schreiben mit Vorhaltungen eines Papierverbrauchers an die Papierfabrikanten:

Berlin SW., 5. März 1900.

»In der Papierzeitung liest man ja in jüngster Zeit nichts anderes, als von Maßregeln, die die Papierfabrikanten ergreifen, zu denen die Mitglieder der entsprechenden Vereinigungen gehalten werden, um immer höhere Preise zu erreichen, um immer mehr Bedingungen zu stellen, die den unglücklichen Großhändlern und Verbrauchern für ihre Bestellungen auferlegt werden sollen. Sie werden es deshalb wohl berechtigt finden, wenn ich, als auf der anderen Seite stehend, einige Worte vom Standpunkt der Verbraucher niederschreibe und um deren Aufnahme bitte.

»Ueber Nacht haben die Herren Fabrikanten ihre Preise um 10 bis 20 Prozent erhöht — rücksichtslos erhöht —, denn die größeren Verbraucher sind meist bis heute nicht in der Lage, ihre Papierwaren oder Drucksachen auch nur um einen Pfennig teurer abzugeben. Aber nicht genug damit, man glaubt sich in den Taumel der tollsten Gründerzeit zurückversetzt, wenn man die rigorosen Verkaufsbedingungen liest, die z. B. der Verein schlesischer Papierfabrikanten in Nr. 18 der Papierzeitung veröffentlicht. Eine angemessene Preiserhöhung, genügend vorbe-